

# „Die Währungsunion ist gescheitert“

## Staatsrechtler Univ.-Prof. Schachtschneider über die Folgen der Finanzhilfe für Athen

Herr Prof. Schachtschneider, warum wollen Sie vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die geplante Finanzhilfe für Griechenland Klage erheben?

**Karl Albrecht Schachtschneider:** Sowohl aus einem rechtlichen als auch aus einem wirtschaftlichen Grund: Es ist unverzichtbar, daß das Recht eingehalten wird, und die finanzielle Hilfe verletzt eindeutig die No-bail-out-Klausel des Artikel 125 des Arbeitsvertrages über die Europäische Union, der sowohl der Union als auch den Mitgliedstaaten verbietet, Mitgliedstaaten Haushalts-hilfen zu geben oder für deren Verbindlichkeiten zu haften. Und dieses Strukturmerkmal der Währungsunion, die ja eine Stabilitätsgemeinschaft sein soll und auf der Eigenständigkeit der Haushalte beruht, wozu es strenge Regeln der Haushaltsdisziplin gibt, die jedoch nicht angewendet worden sind, wird nun mißachtet und das ist mit den Verträgen und der demokratischen Legitimation in keiner Weise vereinbar.

Und was sind die wirtschaftlichen Gründe?

**Schachtschneider:** Die Währungsunion ist ein ganz schwerer politischer Mißgriff, dessen Schwächen sich nun zeigen. Es ist in dieser Lage ökonomisch nicht tragfähig, Griechenland zu helfen und es ist ein ganz großer Irrtum zu glauben, daß dies irgendetwas ändern wird, denn dies wird die gesamte Eurozone in Mitleidenschaft ziehen, weil nicht nur an Griechenland Zahlungen geleistet werden müssen, sondern auch an die anderen schwer überschuldeten Mitglieder. Die sogenannten „PIIGS“, also Portugal, Italien, Irland, Spanien und eben Griechenland können nicht Mitglied der Währungsunion sein, weil



**Univ.-Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider:** lehrte Öffentliches Recht an der Universität Erlangen-Nürnberg. Schachtschneider hat mehrere Verfassungsbeschwerden beim deutschen Bundesverfassungsgericht eingebracht, darunter gegen den Vertrag von Maastricht und gegen den Vertrag von Lissabon

sie die entsprechende Leistungsfähigkeit ihrer Wirtschaft nicht haben und müssen die Eurozone verlassen, um überhaupt eine Chance am Markt zu haben. Sie müssen sich natürlich auch durch die berühmte Umschuldung entschulden, d. h. die Gläubiger – in erster Linie die Banken – werden ganz erhebliche Einbußen hinnehmen müssen. Die Währungsunion ist also gescheitert, und Griechenland kann nicht Mitglied sein, aber dieses ökonomische Gebot wird von der Innenpolitik abgebremst, und weil das Recht einzuhalten ist, bitten wir das Bundesverfassungsgericht um Hilfe.

Was erwarten Sie sich vom Bundesverfassungsgericht?

**Schachtschneider:** Daß festgestellt wird, daß ausbrechende Rechtsakte, also Rechtsakte, die die Verträge (der EU, Anm.) mißachten, in Deutschland keine Wirkung entfalten, weil die Grundkonzeption der Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft jetzt eindeutig verlassen wird. Und wenn die Vertragsverletzung so eindeutig ist, dann sind die Grenzen der politischen Einschätzung von Parlament und Regierung überschritten und dann wird das eben zu einer Verfassungsfrage. Ich glaube daher, wir haben gute Chancen, ganz abgesehen davon, daß die Eigentumsgewährleistung mißachtet wird, denn es wird ja auch das Verbot der Regierung, eine Inflationspolitik zu machen, verletzt.

Wenn es zu den Hilfen an Griechenland und vielleicht auch an andere Euroländer kommt, droht uns dann eine Inflation?

**Schachtschneider:** Der Schuldenstand für Deutschland – und auch für Österreich wird noch deutlich höher.



**Guter Rat ist jetzt gefragt:** EZB-Präsident Jean-Claude Trichet, Griechenlands Finanzminister Georgios Papakonstantinou, Eurogruppe-Vorsitzender Jean-Claude Juncker und EU-Währungskommissar Olli Rehn (v. l. n.r.) stellen das Hilfspaket für Athen vor

Wir haben ab dem nächsten Jahr eine Schuldenbremse eingeführt, die aber nicht eingehalten werden kann. Aber man wird versuchen, sie einzuhalten, und das bedeutet ganz erhebliche Kürzungen auf allen Ebenen, etwa der Sozialleistungen oder der Gehälter im öffentlichen Dienst. Aber wir haben aufgrund der billigen Währungspolitik ohnehin einen Rückstand der Gehaltsentwicklung und auch der Rentenentwick-

### Die Schulden, die jetzt gemacht werden, werden noch unsere Kinder und Kindeskiner zurückzahlen müssen.

lung von etwa 30 bis 40 Prozent, und das merkt die Bevölkerung nicht, weil nicht gekürzt wurde, die „PIIGS“ die Löhne um gut 40 Prozent erhöht haben. Wir haben also eine Reallohnminderung und das wird sich weiter verschärfen, und da ist jeder einzelne davon betroffen – aber nicht nur die jetzt arbeitende Generation, sondern auch unsere Kinder und Kindeskiner. Denn es ist ganz klar, die jetzige Generation, die Schulden macht, kann diese niemals zurückzahlen, sondern es werden künftige Generationen in einer klar rechtswidrigen Weise mitbelastet. Sie werden entweder einer relativ starken Inflation ausgesetzt oder eben einer Abwertung, was die Vermögenden erheblich belasten wird.

Warum wurde eigentlich die Währungsuni-

on ins Leben gerufen, wenn von vornherein klar war, daß sie mit massiven Problemen behaftet ist?

**Schachtschneider:** Die große Illusion der politischen Klasse war, daß man mit der Währungsunion den Großstaat Europa herbeizwingen könne. Das ist eine Großmachtpolitik, die im Rahmen der gesamten neuen Weltpolitik betrieben wird und

die dahinsteuert, eine Weltregierung mit großen Regionen zu bilden, wobei eine solche Region die Europäische Union sein soll. Aber Europa muß das Europa von de Gaulle sein, eine Republik der Republiken, wie ich es immer nenne, eine Gemeinschaft eigenständiger Völker, die auch ein eigenes wirtschaftliches Schicksal haben. Natürlich können Österreich und Deutschland zusammenrücken, weil die wirtschaftlichen und die Lebensverhältnisse homogen sind – der Schilling war ja fest angebunden an die D-Mark –, aber in dem Maße, in dem die Volkswirtschaften und die Mentalitäten der Völker unterschiedlich sind, läßt sich eine einheitliche Volkswirtschaft nicht herstellen. Denn wie sich jetzt zeigt, stehen die ökonomischen Verhältnisse nicht zur politischen Disposition.

#### VON WALTER TRIBUTSCH

Wird ein Firmenchef beim Fälschen seiner Bilanzen erwischt, kommt er vor Gericht und wird bestraft. Wenn dies Bankdirektoren tun, so kann ihnen das auch passieren, sie können sogar ihren Posten verlieren, bekommen aber trotzdem ihre saftigen Abfindungen. Wenn dies allerdings Regierungspolitiker mit der Bilanz ihres Staates tun, dann bekommt ihr Land 110 Milliarden Euro. Diese gewiß etwas überspitzte Darstellung drängt sich im Zusammenhang mit dem nunmehr beschlossenen EU Hilfspaket für Griechenland auf.

Griechenland hat jahrelang seine Haushaltszahlen viel besser dargestellt, um die Kriterien für die Aufnahme in die Eurozone zu erfüllen. Die Europäische Union, die Europäische Zentralbank und auch die anderen Mitglieder der Eurozone wissen das bereits seit Jahren. Dieser Betrug wurde aber akzeptiert und nicht weiter geahndet. Genau aus diesem Grund ist jedes Lamentieren um die griechische Finanzkatastrophe und ihre Auswirkungen auf die Gemeinschaftswährung jetzt zurückzuweisen. Hätte man bei Bekanntwerden der Schummelzahlen reagiert, die Griechen damals zu einem Kurs veranlaßt, der als Ziel die abgegebenen (geschönten) Zahlen gehabt hätte und bei der Nichterfüllung den Ausschluß aus der Eurozone in Aussicht gestellt, wäre uns dies jetzige Krise gewiß er-

### Die EU hat die Griechen von Anfang an gewähren lassen.

spart geblieben. Es haben daher auch jene Griechen recht, die über die Kritiken aus Rest-Europa erstaunt sind und wörtlich meinen „... die EU sei an dem Desaster genauso schuld, schließlich wäre Griechenland nun ja bereits 30 Jahre lang ihr Mitglied.“ Damit ist gemeint, Brüssel und auch die Zentralbank in Frankfurt hätten den gemeldeten Zahlen ohnehin den richtigen Stellenwert zuordnen, bzw. ihre Kontrollsysteme danach ausrichten müssen.

Und die falschen Angaben führten zwangsläufig zu weiteren. Als der Hut zu brennen begann, wurde von Griechenland die sicher nicht billige Unterstützung der Profis eingeholt. Goldman Sachs, jene amerikanische Großbank, die nun selbst von der US-Börsenaufsicht des Betrugers beschuldigt wird, strickte für die hochverschuldeten Griechen ein subtiles Finanzmodell, das die ohnehin geschönten Zahlen weiter verschleierte und zusätzliche Schulden Griechenlands vor der europäischen Kontrollbehörde versteckte.

## Auf dem Weg in den Hades

### Pleitestaat Griechenland: Wie Athen den Euro nach unten zieht

Das geschah mit sogenannten Cross-Currency-Swaps. Damit sollten in Dollar und Yen aufgenommene Staatsschulden von rund zehn Milliarden für eine gewisse Laufzeit in Euro getauscht werden und dann wieder zurück. Dabei wurde mit fiktiven Wechselkursen gearbeitet. Goldman Sachs verschaffte den Griechen so einen zusätzlichen Kredit, der in der Athener Schuldenaufstellung an die EU niemals aufschien.

Nun kam das wahre Ausmaß der Staatsschulden schrittweise ans Tageslicht, als im Oktober letzten Jahres ein Regierungswechsel in Athen stattfand. Der neue Regierungschef Georgios Papandreou von der sozialistischen PASOK meldete plötzlich eine Staatsverschuldung von 12,7 Prozent für das Jahr 2009. Sein Vorgänger Kostas Karamanlis von der konservativen „Neuen Demokratie“ hatte noch 3,7 Prozent Neuverschuldung nach Brüssel gemeldet.

Kein Wunder, daß die Finanz- und Devisenmärkte verrückt zu spielen begannen. Die Bonität Griechenlands wurde



**Griechenland:** Der Finanz-Katastrophe folgen nun Streiks und Proteste wegen der Kürzungen